

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Zusammenfassung	13
Einleitung	19
I Grundlagen: Ökonomische und ökologische Rahmenbedingungen des Umwelthaftungsrechts	19
II Anlaß und Zielsetzung der Studie	21
III Aufbau der Untersuchung und Lesehinweise	22
Teil A: Empirische Untersuchung bisheriger Schadensregulierungen im Umwelthaftungsrecht	26
I Falltypologien der bisherigen Schadensregulierungspraxis im Umwelthaftungsbereich	27
1 Empirische Grundlagen und methodische Hinweise zur Systematisierung der Fälle	27
1.1 Definitionen	27
1.2 Empirische Grundlagen	28
1.3 Argumentationsebenen in der Diskussion einer Reform des Umwelthaftungsrechts	31
1.4 Auswahlkriterien für die Darstellung und Interpretation der Fallgruppen	34
1.5 In den Fallgruppen nicht behandelte Anspruchsgrundlagen	36
2 Die Gefährdungshaftung des Wasserhaushaltsgesetzes	38
2.1 Ausgangslage	38
2.2 Fallgruppen: Gefährdungshaftung nach § 22 WHG - Darstellung und Interpretation	42
2.2.1 Fallgruppe 1: Zur Irrelevanz der Verschuldensfrage nach § 22 WHG	42
2.2.2 Fallgruppe 2: Keine Deckungsprobleme für Allmählichkeitsschäden	44

2.2.3	Fallgruppe 3: Kein Haftungsausschluß durch die Einhaltung genehmigter Grenzwerte	47
2.2.4	Fallgruppe 4: Haftung und Deckung für die Lagerung gefährlicher Stoffe gemäß § 22 II WHG	49
2.2.5	Fallgruppe 5: Keine Deckung für "Ökoschäden"- Zur Gefährlichkeit einer Anlage gemäß § 22 II WHG	52
2.2.6	Fallgruppe 6: Die zentrale Rolle des Kausalitätsnachweises	55
2.3	Zusammenfassung der Ergebnisse: Regulierungstatbestände und -defizite	56
3	Schadensregulierung in den Bereichen des Delikts- und Nachbarrechts	58
3.1	Ausgangslage	58
3.2	Fallgruppen Deliktsrecht: - Schadensregulierung mit vorwiegend deliktischer Anspruchsgrundlage	61
3.2.1	Fallgruppe 7: Deckung gemäß der Betriebshaftpflichtversicherung	61
3.2.2	Fallgruppe 8: Schadensregulierung bei Personenschäden	62
3.2.3	Fallgruppe 9: Haftungsausschluß durch Einhaltung der Grenzwerte	63
3.2.4	Fallgruppe 10: Schadensregulierung nach § 823 II BGB als Ausnahme	65
3.3	Fallgruppen Nachbarrecht: Schadensregulierung mit vorwiegend nachbarrechtlicher Anspruchsgrundlage	66
3.3.1	Fallgruppe 11: Zur Bedeutung von § 906 BGB für die Regelung von Schäden, die über den Umweltpfad verursacht wurden	66
3.3.2	Fallgruppe 12: Haftungsausdehnung durch Richterrecht - die analoge Anwendung von § 906 BGB	67
3.3.3	Fallgruppe 13: Hohe Schadenssummen durch "Altlasten"	68
3.4	Zusammenfassung der Ergebnisse: Regulierungstatbestände und -defizite	70
II	Maßnahmen zur Bewältigung des Umwelthaftungsrisikos: Eine Unternehmensbefragung im Bereich der chemischen Industrie	72
1	Gesprächsleitfaden und Auswahl der Firmen	72

2	Auswertung der Gespräche	76
2.1	Schadensfälle und Regulierungspraxis im Umwelthaftungsbereich: Erfahrungen und Erwartungen	76
2.2	Maßnahmen zur Risikovorsorge im Bereich der Anlagen, Produktion und Produkte	82
2.3	Maßnahmen zur Risikovorsorge im Bereich der Organisation	84
2.4	Maßnahmen zur Risikovorsorge im Bereich der Verfahrenabwicklung	85
3	Zusammenfassende Ergebnisse der Unternehmensbefragung	86

Teil B: Ökonomische Analyse versicherungstheoretischer und -praktischer Aspekte einer Umwelthaftung

89

I Die Einbeziehung des genehmigten Normalbetriebs bei der Ausdehnung der Gefährdungshaftung auf Boden und Luft

91

1	Die Gefährdungshaftung als sozial gerechte Verteilung erlaubter Risiken	92
2	Der Regierungsentwurf	93
3	Kriterien zur Beurteilung einer Haftung für Schäden aus dem genehmigten Normalbetrieb	94

II Die Versicherbarkeit von Schäden aus dem genehmigten Normalbetrieb

102

1	Problembeschreibung	102
2	Versicherungstheoretische Grundlagen	103
2.1	Bedingungen seitens des Versicherungsnehmers: Konvexität der Präferenzordnung	104
2.1.1	Nutzen des Erwartungswerts und Erwartungswert des Nutzens	104
2.1.2	Anmerkungen zum Begriff "Risikoaversion"	106
2.2	Bedingungen seitens des Versicherungsträgers	110
3	Schlußfolgerungen für die Versicherbarkeit von Schäden aus dem genehmigten Normalbetrieb	113

III	Wirkungsanalyse einer Umwelthaftpflichtversicherung	119
1	Problembeschreibung	119
2	Allokationstheoretische Aspekte der Gefährdungs- und Verschuldenshaftung	120
3	Informationsprobleme in der Umwelthaftung	126
4	Bewältigung von Haftungsrisiken durch Risk Management	128
5	Zusammenfassende Ergebnisse	132
Teil C: Zum Stand der Reform des Umwelthaftungsrechts - eine synoptische Darstellung relevanter Positionen		137
I	Einführung	139
II	Der Entwurf der Bundesregierung für ein Umwelthaftungsgesetz - Stand: Februar 1990	140
III	Positionen zur Reform des Umwelthaftungsrechts	151
1	Die Leitlinien des Bundesfachausschusses Umwelt der Christlich Demokratischen Union (CDU) zum Umwelthaftungsrecht	151
2	Die Position der Bundestagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) zur Reform des Umwelthaftungsrechts	156
3	Der Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Umweltschadenrechts (Umwelthaftungsgesetz/Umweltschadensfondsgesetz) von der Bundestagsfraktion DIE GRÜNEN	158
4	Die Stellungnahme des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) zu den Berichten der interministeriellen Arbeitsgruppe vom Dezember 1988	164
5	Die Stellungnahme des Deutschen Industrie- und Handelstags (DIHT) vom September 1989	168
6	Die Stellungnahme des HUK-Verbandes vom Oktober 1989	172
7	Die Position des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)	175
8	Die Position des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschlands (BUND)	177

IV	Ein zusammenfassender Vergleich	181
	Literaturverzeichnis	185
	Abkürzungsverzeichnis	191